



Stärkung des spezialisierten Justizsystems für Gewalt gegen Frauen

ForSNEJ

Ausgangssituation

Gewalt gegen Frauen (GgF) ist die weiteste verbreitete Form der Menschenrechtsverletzung, die als vielschichtiges und systemisches Problem auftritt. In Peru haben etwa 70 Prozent der Frauen Gewalt durch ihre Partner erlebt (ENARES -INEI, 2019).

Im Jahr 2018 wurde das Nationale Spezialisierte Justizsystem für den Schutz und die Bestrafung von Gewalt gegen Frauen und Familienangehörige (SNEJ) geschaffen. Auf diese Weise sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Schutz und die Bestrafung von Gewalt gegen Frauen gestärkt und die Betreuung und Reaktionszeiten für die Opfer verbessert werden.

Bezeichnung	Stärkung des spezialisierten Justizsystems für Gewalt gegen Frauen (ForSNEJ)
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Kofinanziert durch die EU
Land	Peru
Politischer Träger	Justiz (Poder Judicial del Perú)
Gesamtlaufzeit	Von 2021 bis 2024

Ziel

Das SNEJ verfügt über eine Justiz, welche eine geschlechtsspezifische Analyse von Fällen vornimmt und das Recht der Frauen auf ein Leben frei von Gewalt gewährleistet. Damit werden Frauen effektiver geschützt und verhindert, dass Männer bei ausgeübter Gewalt gegen Frauen straffrei bleiben.



Links: Frauen aus dem Büro der Bürgerbeauftragten der Gemeinschaft von Santo Tomás, Chumbivilcas, an vorderster Front im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt in ihrer Gemeinde.

Rechts: Frauen im "Ni una menos" (Nicht Eine Weniger) - Demonstration fordern ihr Recht auf ein gewaltfreies Leben.



Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peru unterzeichnete das peruanisch-europäische Engagement zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in Peru.

Vorgehensweise

Das Vorhaben organisiert Schulungen und Erfahrungsaustausche für Personen die in der Justiz tätig sind, um für das Thema GgF zu sensibilisieren. Darin vermittelte standardisierte Inhalte werden in Lehrpläne zuständiger Ausbildungseinrichtungen aufgenommen.

Es werden Mechanismen erarbeitet, die ein umfassendes Eingreifen der Justiz zu GgF erleichtern. So soll auch der Dialog zwischen staatlichen Institutionen und den drei Gerichtsbezirken gestärkt werden, die das SNEJ bilden.

Auf Basis partizipativ erarbeiteter Indikatoren wird der Bürgerbeauftragte (Ombudsmann) zum SNEJ in den drei Gerichtsbezirken darin bestärkt, die Umsetzung des SNEJ zu überwachen.

Das Vorhaben wendet bei all seinen Aktivitäten geschlechtsspezifische, intersektionelle, menschenrechtliche und themenübergreifende Ansätze an. Darüber hinaus werden besonders die Aspekte Innovation, Digitalisierung und Umwelt- und Klimaverträglichkeit berücksichtigt.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

Im Auftrag des
Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Kofinanziert durch die EU

Stärkung des spezialisierten Justizsystems für Gewalt gegen Frauen
- ForSNEJ

Av. Los Incas 172 – Piso 6, El Olivar
San Isidro, Lima 15073, Lima - Perú
T +51 (1) 441 2500 / 441 1454
giz-peru@giz.de
www.giz.de/peru

Postanschrift der
BMZ Dienststätte

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn, Deutschland
T +49 (0)228 99 535-0
F +49 (0)228 99 535-3500

BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin, Deutschland
T +49 (0)30 18 535-0
F +49 (0)30 18 535-2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Autorin

Claudia Gonzales del Valle

Stand

Januar 2022

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.